

Interview
16 Februar 2022

Moritz Küpper im Gespräch mit Christoph Heusgen

O-Ton Wladimir Putin: „Der Bundeskanzler hat gerade gesagt, dass er zu der Generation gehört, die sich einen Krieg in Europa nur schwer vorstellen kann. Ich rechne mich auch zu dieser Generation. Natürlich wollen wir keinen Krieg. Deshalb haben wir Vorschläge gemacht, die zu Vereinbarungen führen sollen, die die Sicherheit aller garantieren.“

Moritz Küpper: Russlands Präsident Wladimir Putin gestern im Kreml, neben Bundeskanzler Olaf Scholz stehend. Das Treffen gestern, der Konflikt um die Ukraine, er beschäftigt uns weiter. Am Telefon ist jetzt Christoph Heusgen, lange Sicherheitsberater der ehemaligen Kanzlerin Angela Merkel und zuletzt Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Er wird künftig die Münchner Sicherheitskonferenz leiten, die am Ende dieser Woche beginnt. – Guten Morgen!

Christoph Heusgen: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Heusgen, ist ein Einmarsch, eine weitere Attacke der Russen auf die Ukraine damit vom Tisch?

Heusgen: Wir sind noch nicht über den Berg, aber auch der Besuch gestern, die vielen Gespräche, die stattgefunden haben, lassen darauf schließen, dass wir jetzt zu einer gewissen Entspannung gekommen sind.

Küpper: Warum denn? Was gibt denn da Anlass zur Hoffnung?

Heusgen: Ich glaube, dass nach dieser Aggression Russland, nachdem Putin selbst, der das jetzt gerade ja in seinem Beitrag doch bestritten hat, er selbst hat gesprochen von technischen und militärischen Operationen. Er hat eine Invasion selbst nicht ausgeschlossen. Aber er hat jetzt gesehen, er steht sich einer Front von Staaten gegenüber, von Europa, USA. Die internationale Staatengemeinschaft steht geeint seinen Plänen gegenüber und ich glaube, hier zieht er jetzt doch den Rückzug an.

Küpper: Aber wir haben vor einigen Wochen bereits gesprochen. Da haben Sie gesagt, Putin habe diese Krise aus dem Nichts heraufbeschworen und er könne jetzt damit spielen, weiter anheizen, aber auch die Schraube wieder zurückdrehen. Ist es nicht genau das, was er gerade macht?

Heusgen: Genau. Das langfristige Ziel ist, Putin treibt jetzt einen gewissen Neonationalismus und er hat ja auch in einem Essay, den er selbst geschrieben hat, im Sommer gesagt, die Ukraine ist eigentlich Teil Russlands und das würde nur dem Lauf der Geschichte entsprechen, wenn diese ehemalige Sowjetrepublik oder dieser Teil der Sowjetunion wieder Teil Russlands wird.

Er hat aber jetzt gesehen, es ist ihm nicht gelungen, einen Spaltpilz zu treiben innerhalb der Europäischen Union, zwischen EU und den Vereinigten Staaten. Es ist ihm auch nicht gelungen, dass das Thema in den Vereinten Nationen auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates kommt, und so lockert er jetzt etwas die Schraube. Aber wir dürfen uns da nicht vertun. Langfristig bleibt das Ziel für Putin erhalten, nämlich eine Art Wiederauferstehung der Sowjetunion in russischem Gewand.

Küpper: Es gab ja die sehr konkreten Ankündigungen, dass der heutige Mittwoch der Tag der Attacke sein soll. Das soll von US-amerikanischen Geheimdiensten kolportiert worden sein. Auch der ukrainische Präsident Selenskij hat das Ganze ja aufgenommen. War das eine erfolgreiche Strategie, um diesen Informationskrieg zu gewinnen?

Heusgen: Es ist in der Tat ein Informationskrieg, wenn Sie sich anschauen, wie die russischen Medien in der Vergangenheit auch dieses Thema angeheizt haben und über feindlichen Genozid im Donbass berichtet haben und so weiter.

Küpper: Das hat Putin ja gestern auch noch mal erwähnt.

Heusgen: Genau! Putin hat gestern gesagt, es sei Genozid. Als ich das gehört habe, habe ich gesagt, das darf doch nicht wahr sein, wie er eine Situation, die ja auch von Menschenrechtsorganisationen ganz klar dargestellt wird, dass die Milizen, die im Donbass sitzen, in Donezk und Lugansk, dass die verantwortlich sind für schwerste Menschenrechtsverletzungen, dass er das umgekehrt darstellt.

Küpper: Hätte Olaf Scholz da direkt widersprechen sollen? Es gab ja diesen Disput in dieser Pressekonferenz.

Heusgen: Ich finde, Olaf Scholz hat das prima gemacht. Er hat auch ganz klar gesagt, wo Deutschland steht. Er hat gleichzeitig auch bei einem anderen schrecklichen Vergleich, dass er gesagt hat, die NATO hätte internationales Recht verletzt, was wir im Kosovo-Krieg gemacht hätten, das ginge gar nicht. Sie und ich, wir erinnern uns an die Zeit, dass dort genau das Umgekehrte war, dass seinerzeit die Serben dort die schwerste Menschenrechtsverletzung begangen haben, die Kosovaren aus ihrem eigenen Land vertrieben haben, und da war die internationale Staatengemeinschaft zurecht eingeschritten. Das war seinerzeit der grüne Außenminister. Da hat Olaf Scholz reagiert. Ich glaube, er hatte da nicht die Gelegenheit, jetzt den ganzen Unwahrheiten, die Putin verbreitet hat, zu widersprechen. Aber wenn man von einem Genozid spricht, wenn man davon spricht, wie schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen werden, dann ist das das, was Russland im Donbass gemacht hat und weiter tut.

Küpper: Sie saßen Wladimir Putin auch schon gegenüber. Hat Olaf Scholz gestern damit eine Art Machtprobe in diesen Momenten bestanden?

Heusgen: Ich bin nicht dabei gewesen; ich habe nur die Ausschnitte gesehen, aber er hat da, glaube ich, Deutschland sehr gut vertreten. Er hat klargemacht, wo wir stehen, und er hat auch ganz klargemacht, dass in Deutschland alles daran gesetzt wird, einen Krieg zu verhindern. So setzt sich Deutschland jetzt ein im Rahmen der

Europäischen Union, im Rahmen der NATO, um alles zu tun, damit die internationale Gemeinschaft zusammenbleibt.

Küpper: Als ein Weg aus der Krise wird ja immer wieder eine Art Moratorium für den NATO-Beitritt der Ukraine genannt. Olaf Scholz hat gestern gesagt, das stünde überhaupt nicht zur Debatte. Aber Wladimir Putin sagte, wenn es nicht morgen kommt, dann übermorgen. Er hat im Grunde genommen diese Option doch vom Tisch genommen, oder?

Heusgen: Das ist wieder eine dieser Märchenstunden von Putin. Ich war selbst dabei, als 2008 diese Grundsatzfrage auf der Tagesordnung der NATO stand. Seinerzeit hat George Bush Junior sehr darauf bestanden, dass die Ukraine den sogenannten Membership Action Plan bekommt. Das ist die Vorstufe zur Mitgliedschaft. Seinerzeit hat Bundeskanzlerin Merkel mit dem französischen Präsidenten Sarkozy und anderen ganz klar gesagt: Nein, das steht nicht auf der Tagesordnung, wir sind nicht bereit, diese Vorstufe zu machen und der Ukraine und Georgien seinerzeit schon den Mittelpunkt zu geben. Seither hat sich der Sachstand nicht verändert. Es steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Das ist jetzt 14 Jahre her, niemand spricht darüber, und das hat Putin jetzt auf einmal aus seiner Wundertüte der Märchen, die er auf seinem Tisch hat, rausgezogen, um uns unter Druck zu setzen.

Küpper: Aber welchen Weg könnte es jetzt geben?

Heusgen: Erstens ist es wichtig, dass man versucht, im Rahmen des Normandie-Formats weiter diese Minsker Übereinkommen in kleinen Schritten umzusetzen. Zweitens sollte man die von Russland selbst unterbrochene Zusammenarbeit mit der NATO fortsetzen, NATO-Russland-Gespräche führen über vertrauensbildende Maßnahmen. Man kann sehen, ob man im Bereich EU-Russland noch mal in den Handelsfragen weiterkommt, und die NATO kann natürlich das, was sie in Bukarest 2008 beschlossen hat, noch mal auf die Tagesordnung setzen. Grundsätzlich hat jeder Staat – das sagen ja alle, das sagt die KSZE, die Charta von Paris -, alle Staaten haben das Recht, sich einem Bündnis anzuschließen. Aber man kann Bukarest bestätigen und sagen, das steht nicht auf der Tagesordnung. – Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die man machen kann.

Küpper: Noch rasch zum Abschluss, Herr Heusgen. Gegen Ende der Woche beginnt ja die Münchner Sicherheitskonferenz. Die Russen kommen nicht, oder haben Sie nach dem Gespräch gestern noch Hoffnung?

Heusgen: Wir haben schon russische Vertreter aus der Wirtschaft, aus dem Parlament, und wir haben auch gestern noch mal an die Russen appelliert, doch wie in der Vergangenheit einen Vertreter zu schicken. Wissen Sie, Sergei Lawrow kennt es, dass er in einer konfrontativen Auseinandersetzung bestehen muss. Der hat damit keine Probleme. Ich finde, Russland sollte jetzt sagen, wir haben eine Position, Putin hat das gestern dargestellt, warum schicken wir nicht Lawrow auch nach München. Da kann er noch mal eine große Show abziehen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*